

## ZU DEN DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN IN DER ZEIT DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

Während sich bei Verdun, auf beiden Ufern der Maas, die Erde mit dem Blut deutscher und französischer Arbeiter tränkte, Brussilows Armeen an der galizischen Front erneut zur Offensive übergingen, schwoll auch in Deutschland die Friedenssehnsucht von Monat zu Monat an. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich im März des Jahres 1917 die Nachrichten vom Sturz des Zarismus, und in vielen Köpfen dämmerte der Gedanke, daß wohl auch die Tage der Hohenzollern und der vielen anderen gekrönten Häupter gezählt seien.

Auch die Rostocker Arbeiter hörten mehr und mehr auf jene, die das Lügengewebe um den Krieg zerrissen. Es läßt sich anhand zahlreicher Archivalien beweisen, daß der Einfluß der Februarrevolution auch in Rostock spürbar war. Sehr deutlich zeigte sich das am 29. Juni und am 1. Juli, da in Rostock große Hungerdemonstrationen stattfanden. Zahlreiche Bäckereien und Molkereien wurden von den Arbeiterfrauen, die ihre Kinder sättigen wollten, gestürmt. Gemüse und Kartoffeln waren kaum zu haben und wenn, dann nur zum fünffachen Preis, da Spekulanten, Geschäftsleute, vor allem aber die Junker und die Großbauern die Not des werktätigen Volkes nutzten.

In dieser Situation lassen sich in Rostock zahlreiche Spuren von Spartakusanhängern und linken Sozialdemokraten verfolgen. Eine Spur führt aufs Land und zeigt uns die proletarische Solidarität zwischen Deutschen und Polen.

Es ist allgemein bekannt, daß sich die deutsche Sozialdemokratie nicht besonders um das Bündnis mit der Bauernschaft bemüht hat. Die Vernachlässigung der natürlichsten Bundesgenossen mußte sich im November 1918 vor allem im Mecklenburg rächen. Die Haltung der SPD wird umso unverständlicher, wenn man erfährt, daß während des Krieges Verbindungsfäden aufs Land hinaus geknüpft waren. Sie galten aber fast nur den Landarbeitern und den russisch-polnischen Schnitttern.

Bei Ausbruch des Krieges befanden sich allein im Rostocker Amtsbezirk 421 russische Staatsbürger, von denen in den ersten Kriegsmonaten, bis sie später als billige Arbeitskräfte den Gütern und großen Höfen zugeführt wurden, 284 verhaftet worden waren.<sup>1)</sup> Im Jahre 1917 häuften sich die Anträge der Polen auf Rückkehr in die Heimat. Fast immer verfielen sie der Ablehnung, da die Behörden einerseits die billigen Arbeitskräfte nicht entbehren wollten und andererseits eine Stärkung der revolutionären Bewegung in den von deutschen Truppen besetzten polnischen und russischen Gebieten befürchteten.<sup>2)</sup> Daß sich die polnischen Schnittter bei weitem nicht alle mit ihrem Los abfinden wollten, kann an Hand des vorliegenden Aktenmaterials bewiesen werden. Doch die polnischen Arbeiter

handelten auch. In der Zeit nach der Februarrevolution stieg — wie aus einer Anweisung der „kriegswirtschaftlichen Abteilung der Kreisbehörde Rostock“ ersichtlich ist — die Kurve der Sabotagefälle in solchen Betrieben an, in denen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt waren.<sup>3)</sup> Andere versuchten zu fliehen. Zum Teil gelang die Flucht, wie zähneknirschend das Schweriner Innenministerium konstatierte.<sup>4)</sup> Natürlich war eine solche Flucht viel zu kompliziert, um ohne fremde Hilfe gelingen zu können. Doch in Mecklenburg fanden sich genügend Arbeiter, bei denen der Gedanke der internationalen proletarischen Solidarität nicht verschüttet war. Sie rüsteten die polnischen und russischen Gefangenen mit Papieren, Wäsche, Karten und teilweise sogar mit einem Kompaß aus.<sup>5)</sup> Die Abwehr-Abteilung des IX. Armeekorps sprach unzweideutig aus, daß die Bevölkerung die Flucht vorwiegend russischer Gefangener „vorsätzlich befördert, begünstigt oder sonst erleichtert“ habe.<sup>6)</sup>

Welche Möglichkeiten sich boten, zu den ausländischen Arbeitern, die nicht als Kriegsgefangene galten, Verbindungen anzuknüpfen, mag an einem Beispiel erläutert werden. Die polnischen Schnitter wurden auf allen Gütern weit unterbezahlt. Billigte man ihnen schon offiziell nur einen Tageslohn von 2.20 Mark zu, so zahlten ihnen die Gutsbesitzer durchschnittlich doch nur 1,50 Mark. Frauen wurden mit einer Mark abgespeist. Sogar das großherzogliche Schweriner Ministerium und das Stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps sahen sich alle paar Wochen veranlaßt, die Junker zu ermahnen, es mit der Ausbeutung nicht zu toll zu treiben, um die Arbeitslust der Schnitter nicht noch mehr zu drücken.<sup>7)</sup> Man wird sich leicht die Stimmung unter den Schnittern vorstellen können. In dieser Situation machte sich der Gauleiter des Gaus 8 des Deutschen Landarbeiterverbandes, Heinrich Schmidt,<sup>8)</sup> zum Anwalt der polnischen Arbeiter. Schmidt, der seit vielen Jahren der SPD angehörte, setzte für die der deutschen Sprache nicht mächtigen polnischen Schnitter Beschwerden und Kündigungsschreiben auf und half ihnen bei der Vermittlung neuer günstiger Arbeitsplätze. Schmidt erwarb sich sehr bald das Vertrauen der polnischen Arbeiter. Da er in jedem Fall als Vertreter der organisierten Arbeiterklasse auftrat, mußte sich das ihm entgegengebrachte Vertrauen auch auf die deutsche Arbeiterbewegung erstrecken. Aber gerade darin sahen die Machthaber des kaiserlichen Deutschlands bereits eine Bedrohung. Zwar konnten sie ihm nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, Handlungen unterschieben, „die als Aufwiegelung oder Aufhetzung“<sup>9)</sup> zu einer gerichtlichen Verurteilung ausgereicht hätten, aber den Militärbehörden waren die Vorgänge Anlaß genug, am 25. 6. 1917 zu entscheiden: „Dem Gauleiter des Gaus 8 des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Heinrich Schmidt in Rostock, Körnerstraße 9, wird auf Grund des Belagerungsgesetzes jeder Verkehr mit russ. polnischen Arbeitern verboten. Insbesondere wird ihm das Anfertigen<sup>10)</sup> von Bittgesuchen und Kündigungsschreiben für sie, sowie jede Ratserteilung an sie in Bezug auf Wechsel der Arbeitsstelle untersagt.“

Jede Übertretung dieses Befehls wird auf Grund des § 9 b des Belagerungsgesetzes mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft.“<sup>11)</sup>

Doch Heinrich Schmidt ließ sich nicht entmutigen. Wenn überhaupt etwas geeignet gewesen wäre, sein Vertrauensverhältnis zu den polnischen Arbeitern zu festigen, dann war es gerade die Maßregelung durch die Militaristen. Der Weg der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 war für ihn der Beginn einer neuen Phase in seinen Beziehungen zu den Polen, die ja immer noch die russische Staatsbürgerschaft besaßen. Von nun an verteilte Schmidt unter den Polen revolutionäre Schriften, ließ sie die Bedeutung der Oktoberrevolution ahnen.

Am 13. November wurde er wiqder verhaftet, weil er die in Deutschland verbotene polnische Zeitung „Oświata“ verbreitet hatte.<sup>12)</sup> Wenige Wochen später, am 24. Dezember 1917, sollte er wiederum belangt werden, weil er unter den Polen die Zeitschrift „Der Landarbeiter“ verteilt hatte.<sup>13)</sup> Aber die Justiz war nicht imstande, Schmidt den Prozeß zu machen. Es fand sich kein polnischer Arbeiter, um gegen ihn auszusagen.

Die Oktoberrevolution selbst aktivierte am stärksten die Revolutionäre in Rostock, sie zeigte aber auch sehr deutlich das wahre Gesicht vieler sozialdemokratischer Führer.

Die rechten SPD-Führer befanden sich im November 1917 in einer schwierigen Situation. Wollten sie ihre Anhänger nicht enttäuschen, mußten sie in Worten die revolutionären Umwälzungen in Rußland wenigstens zeitweilig bejahen, ihre Solidarität mit den Friedensangeboten der jungen Sowjetmacht bekunden. In der Praxis jedoch durften sie sich nie allzu weit von den Kriegsparteien entfernen, wenn sie nicht die Koalitionsfähigkeit einbüßen wollten.

Am 17. November konnte man beispielsweise in der sozialdemokratischen mecklenburgischen Volks-Zeitung lesen: „Die neuesten Ereignisse in Rußland müssen uns veranlassen, alle weiteren Versammlungen besonders eindrucksvoll zu gestalten und die Solidarität mit den russischen Genossen, die einen sofortigen Waffenstillstand und baldigen Frieden verlangen, klar und deutlich zu bekunden.“ Wie weit Wort und Tat sich voneinander entfernt hatten, zeigte sich am Abend des gleichen Tages, da in Rostock eine Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes stattfand, die die russische Revolution nicht einmal einer Stellungnahme für würdig hielt. Die lenkende Hand wurde auf einer Parteiversammlung in der Philharmonie am 23. November sichtbar. Dort beklagte, Dittrich die „Parteisplaltung,“ womit er den Kampf der Linken gegen seinesgleichen meinte. Er warnte die Parteimitgliedschaft, „den Parteistreit in die Gewerkschaften hineinzutragen.“<sup>14)</sup> Noch deutlicher wurde der Erzopportunist Karl Frohme, Mitglied des Parteivorstandes. Schon die Einladung zur Versammlung des sozialdemokratischen Vereins, der am 12. 12. 1917 tagte, spricht Bände. Frohmes Referat wurde unter dem Thema angekündigt: „Parteigeschichtliche Betrachtungen über Prinzip, Taktik und Umlernen.“

Er beschimpfte die Linken, die doch nur wollten, daß das deutsche Proletariat dem russischen nicht nachstehe. Mögen die Linken auch die Leistungsfähigkeit des einzelnen überschätzt und die Rolle einer revolutionären Partei nicht völlig erkannt haben, letztlich wollten sie dasselbe wie die Bolschewiki. Ihr Ziel war die sozialistische Gesellschaftsordnung, der in eben jenen Tagen in Rußland der Weg gebahnt wurde. Für Frohme waren das Dogmen, Illusionen. Schon damals stellte sich heraus, daß so mancher, der vorgibt, gegen Dogmen zu streiten, den Sozialismus meint! Vier Wochen nachdem die Geschütze der „Aurora“ ein neues Zeitalter angekündigt hatten, erklärte Frohme in Rostock: „Eine Arbeiterpartei... kann keine Illusionspartei sein, aber auch keine Dogmenpartei. Endziele lassen sich nicht parteiprogrammatisch festlegen. Die Entwicklung faßt sich nicht gewaltsam bestimmen, sondern der als wahrer Sozialist Kämpfende hat sich den Entwicklungsgesetzen unterzuordnen. Die Katastrophen- und Verelendungstheorie, die unter den damaligen politischen und wirtschaftlichen Zuständen einen gewissen Schein von Berechtigung hatte, hat sich als unhaltbar erwiesen. Das Ziel, das eine große Ziel, ist: die Lage der Arbeiterklasse immer mehr zu verbessern, und sodann im Zuge der Demokratisierung Staat und Gesellschaft anders zu organisieren.“<sup>15)</sup>

Mitten im blutigen Weltkriege, angesichts des Hungers der in Deutschland herrschte, behauptete der „Sozialist“ Frohme, die Marx'sche Verelendungstheorie habe sich als unhaltbar erwiesen. Konnte sich der Mann eine größere Blöße geben? Auf dem Höhepunkt seiner Rede lobte Frohme dann über den grünen Klee die wilhelminische Sozialgesetzgebung, durch die „Deutschland der ganzen Welt das Beispiel gegeben“ hätte.<sup>16)</sup> Ohne Übertreibung kann man sagen: Frohme war nicht einmal ein Reformist! Seine Apologetik klang aus mit den Worten, daß er und seine Gesinnungsgenossen oft mit dem Begriff „Prinzipienverrat“ angewettert worden wären, aber „für die alten Lassaleaner... habe von vornherein festgestanden, daß nicht gewaltsamer Umsturz, sondern organische Entwicklung die Parole sein müsse.“<sup>17)</sup> Wohin diese „organische Entwicklung“ Deutschland geführt hat, haben wir alle erlebt und hoffentlich nicht vergessen.

Aber Frohmes Anschauungen waren nicht die der Arbeiter. Das spürten auch die herrschenden Kreise, die — wie ein Telegramm an alle deutschen Stadtverwaltungen beweist — mit einem Generalstreik in „ganz Europa, auch Deutschland, zur Friedensdemonstration“<sup>18)</sup> rechneten.

Im Dezember wurde aus Norwegen — verborgen in einer Anzahl Kisten mit Fischkonserven — über den Hafen Stettin ein Flugblatt eingeschmuggelt, in dem es hieß:

*„Brüder!*

*Der Totentanz wird nur aufhören, wenn Ihr es wollt.*

*Hört auf unser Wort:*

*Es ist eine verbrecherische Lüge, daß der Kaiser, daß Hindenburg, der Kronprinz usw. die übrigen Völker besiegen können.*

*Die feigen Mörder in glänzender Uniform und friedlicher Sicherheit werden nur ein Volk besiegen:*

*Euch deutsche Klassenbrüder, Euch werden sie niederringen... Unsere heldenmütigen Brüder in Rußland hatten die verfluchte Festung ihrer Henkersschurken vernichtet... Die Generäle, die Minister, die Großfürsten, die Fabrikmillionäre, die Gutsherrschaften, auf deren geraubte Reichtümer das gekettete Volk mit Ehrfurcht heraufgesehen hat: 'all dies ausgewählte Volk' ist in Rußland erbärmlich klein geworden.*

*Brüder in Deutschland!*

*Euer Glück, Euere Erlösung hängt davon ab, ob Ihr Entschluß und Kraft habt, den Brüdern in Rußland zu folgen...“<sup>19)</sup>*

In ihrer Mehrheit hätten die Arbeiter gekämpft, wenn sie geführt worden wären. Wenn sie auch in den November- und Dezembertagen nicht alle die Bedeutung der Oktoberrevolution einzuschätzen vermochten, so besaßen sie doch politisches Gefühl genug, die Tragweite der russischen Ereignisse zu ahnen. Für die Richtigkeit dieser These findet man Belege in den Archivalien.

Es war die größte Schwäche der deutschen Revolutionäre, daß sie keine Partei besaßen, die bereit und fähig gewesen wäre, die Führung zu übernehmen. Die Spartakusgruppe hatte sich, Lenins Kampf um die Partei neuen Typus verkennend, der USPD angeschlossen und den organisatorischen Bruch mit den rechten SPD-Führern nicht vollzogen. Welche Kräfte auch in den mecklenburgischen Werk-tätigen schlummerten, sofern sie nur durch eine revolutionäre Partei geweckt wurden, zeigte sich in den Märztagen des Jahres 1920, als sich die Arbeiter geschlossen zum Kampf gegen die Kapp-Putschisten erhoben. Letztlich jedoch haben die Jahre seit 1945 bewiesen, welcher gewaltigen Leistungen die einig handelnde

Arbeiterklasse fähig ist. Allen Schwierigkeiten zum Trotz baut sie unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Sozialismus auf. 40 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat Mecklenburg, zu dem heute auch noch das ehemalige Vorpommern gehört, ein völlig neues Gesicht erhalten. Aus einem der rückständigsten Gebiete Deutschlands sind Bezirke erwachsen, deren Charakter durch die sozialistische Industrie und die sozialistische Landwirtschaft geprägt werden.

#### ANMERKUNGEN

- 1) R. A.; Rats-Akten, betr. Feststellung der im Rostocker Gebiet aufhältlichen Angehörigen feindlicher Staaten; 15zz/54 (3)
- 2) R. A.; Kämmerei- und Hospitalverwaltung der Seestadt Rostock; Akten, betr. die Überwachung und Behandlung der Ausländer während des Krieges — 1914/17; IV, 1 ff.
- 3) Ebenda; Akten, betr. Beschäftigung und Behandlung von Kriegsgefangenen; III, 1/79
- 4) R. A.; Rats-Akten, betr. die in Mecklenburg zurückgebliebenen ausländischen Arbeiter. Anwerbung ausländischer Arbeiter; 15zz/102 (110, 133)
- 5) R. A.; Kämmerei- und Hospitalverwaltung der Seestadt Rostock; Akten, betr. Beschäftigung und Behandlung von Kriegsgefangenen; III, 1/83
- 6) Ebenda
- 7) R. A.; Rats-Akten, betr. die in Mecklenburg zurückgebliebenen ausländischen Arbeiter, Anwerbung ausländischer Arbeiter; 15zz/102 (128, 139)
- 8) Schmidt war wohnhaft in Rostock, Körnerstr. 9
- 9) Ebenda; 15zz/102 (126 a)
- 10) (Im Original falsch)
- 11) Ebenda; 15zz/102 (138 a)
- 12) R. A.; Kämmerei- und Hospitalverwaltung der Seestadt Rostock, Akten; betr. Zensur und Verbot von Schriften, Abbildungen und Vorstellungen; V, 2, Band IV (519)
- 13) R. A.; Rats-Akten, betr. die in Mecklenburg zurückgebliebenen ausländischen Arbeiter. Anwerbung ausländischer Arbeiter; 15zz/102 (138 g)
- 14) Mecklenburgische Volks-Zeitung v. 25. 11. 1917 (Nr 275)
- 15) Mecklenburgische Volks-Zeitung v. 14. 12. 1917 (Nr 291)
- 16) Ebenda
- 17) Ebenda
- 18) R. A.; Kämmerei- und Hospitalverwaltung der Seestadt Rostock; Akten, betr. Zensur und Verbot von Schriften, Abbildungen und Vorstellungen; V, 2, Band IV/526

## STOSUNKI NIEMIECKO-POLSKIE W OKRESIE WIELKIEJ SOCJALISTYCZNEJ REWOLUCJI PAŹDZIERNIKOWEJ

(Streszczenie)

Wpływ rewolucji rosyjskiej uwidocznił się w Rostocku już w okresie rewolucji lutowej. Ujawniło się to wyraźnie w dniach 29 czerwca i 1 lipca, kiedy to miały miejsce demonstracje głodowe. W czasie tych demonstracji robotnicy szturmem zdobywały liczne piekarnie i mleczarnie.

W tym czasie w Rostocku działali liczni członkowie „Związku Spartakusa“ i lewicowi socjaldemokraci. Terenem ich działalności była również wieś, zwłaszcza niemieccy robotnicy rolni i polscy robotnicy sezonowi.

W samym tylko obwodzie Rostock znajdowało się w chwili wybuchu wojny 421 obywateli rosyjskich, z których to 284 aresztowano zanim zostali oni jako tania siła robocza przydzieleni do majątków ziemskich i wielkich gospodarstw rolnych. W 1917 roku wzrosło nasilenie podań Polaków o zezwolenie na powrót do rodzinnych stron. Były one prawie stale odrzucane, gdyż władze nie chciały wyzbywać się taniej siły roboczej, jak również obawiały się wzmocnienia ruchu rewolucyjnego na terenach polskich i rosyjskich zajętych przez oddziały wojsk niemieckich. Na podstawie przekazów archiwalnych można udowodnić, że żniwiarze polscy nie godzili się ze swoim losem.

W zakładach, zatrudniających obcokrajowców wzrosła po rewolucji lutowej ilość wypadków sabotażu. Wielu cudzoziemców usiłowało zbiec, korzystając z pomocy robotników niemieckich, którzy zaopatrywali ich w dokumenty, bieliznę, mapy a częściowo nawet w kompasy.

Polacy, zatrudnieni w majątkach obszarnczych byli wyjątkowo wyzyskiwani. Mimo, że oficjalnie przyznano im jako wynagrodzenie za dzień roboczy tylko 2 marki, 20 fenigów, junkrzy płacili im jedynie 1.50 marki, zaś kobiety zbywali jedną marką. Nawet wielkoksiażące ministerstwo w Szczecinie oraz dowództwo IX korpusu armii upominały junkrów co kilka tygodni, by ograniczyli swój wyzysk i nie zmniejszali przez to chęci robotników do pracy.

W tej sytuacji obrońcą polskich robotników został Henryk Schmidt, kierownik ósmego okręgu Niemieckiego Związku Robotników Rolnych. Schmidt, wieloletni członek SPD opracowywał dla polskich robotników, zażalenia i podania o zwolnienie z pracy, oraz pośredniczył przy uzyskiwaniu przez nich nowych korzystniejszych miejsc pracy. Bardzo prędko pozyskał sobie Schmidt zaufanie polskich robotników. Ponieważ występował on każdorazowo jako przedstawiciel zorganizowanej klasy robotniczej, wykazywane mu zaufanie rozciągało się również na niemiecki ruch robotniczy.

W tym właśnie władze niemieckie dopatrzyły się niebezpieczeństwa. Ponieważ brak było dostatecznych podstaw prawnych do wytoczenia Schmidtowi zamie-

zonego procesu o podburzanie względnie sianie nienawiści, władze wojskowe zabroniły mu 25. VI. 1917 na podstawie ustawy o stanie oblężenia „utrzymywania jakichkolwiek stosunków z polskimi robotnikami o rosyjskiej przynależności państwowej“. W szczególności zabroniono mu redagować dla nich prośby i podania o zwolnienie z pracy, jak również udzielać jakichkolwiek porad prawnych dotyczących zmiany miejsca pracy.

Każde przekroczenie tego zakazu miało być karane więzieniem, aresztem lub karą pieniężną do 1500 marek. Henryk Schmidt nie dał się jednak zastraszyć, a od tego czasu rozdawał Polakom bibulę rewolucyjną i pomagał im zrozumieć znaczenie rewolucji październikowej. Za rozpowszechnianie zabronionej w Niemczech gazety polskiej „Oświata“ — przesłuchiowano go 13 listopada.

Po kilku tygodniach 24 grudnia 1917 roku, za rozdawanie Polakom czasopisma „Der Landarbeiter“ miał on być ponownie pociągnięty do odpowiedzialności.

Sąd nie mógł jednak wytoczyć Schmidtowi procesu, gdyż nie znalazł się ani jeden Polak, który wypowiedziałby się przeciw Schmidtowi.

W Rostocku działali jednak również oportuniści, którzy występowali przeciw lewicy socjaldemokratycznej, oskarżając ją o rozbicie partii i holdowanie dogmatom.

Przywódcami oportunistów byli Dittrich i Karol Frohme. Poglądy ich nie były jednak poglądami większości robotników, którzy pragnęli pokoju. Przeważająca część robotników gotowa była do walki rewolucyjnej, nie posiadała jednak odpowiedniego kierownictwa. Jakie siły drzemały w masach pracujących Meklemburgii okazało się w marcu 1920 roku, gdy walczyły one przeciw puczowi Kappa. Tak samo lata po roku 1945 udowodniły, jakich potężnych czynów zdolna jest dokonać jednolicie działająca klasa robotnicza.